

Zeitschrift für Erwachsenenbildung in Deutschland

Ausgabe 2/2025

Hessische Blätter für Volksbildung

Politische Bildung –
Neue Wege, neue Möglichkeiten

Erwachsenenbildung

vhs Hessischer
Volksbildungsrat

wbv

E-Journal Einzelbeitrag
von: Tina Hölzel-Chokharash

Das Kontroversitätsgebot als Waffe gegen Inklusion

Von einer wehrhaften, nicht neutralen
politischen Bildung als Antwort

aus: Politische Bildung – Neue Wege, neue Möglichkeiten
(HBV2502W)

Erscheinungsjahr: 2025

Seiten: 24 - 38

DOI: 10.3278/HBV2502W003

Politische Bildung steht aktuell unter Druck. Gerade wenn sie dann auch noch inklusive Anliegen und Ansprüche formuliert, sieht sie sich in den letzten Jahren vermehrt antidemokratischen Angriffen ausgesetzt, die nicht zuletzt Forderungen nach politischer Neutralität stark machen. Diese berufen sich dabei auf das Kontroversitätsgebot und wollen ein Eintreten für inklusive politische Bildungsräume erschweren. Der vorliegende Beitrag zeichnet diese Herausforderungen exemplarisch nach, zeigt mittels des Modells zu den Kontroversen und Nicht-Kontroversen Sektoren politischer Bildung auf, wie ein klarer, demokratischer und normativer Rahmen für politische Bildungsprozesse praktisch eingeübt werden kann und unterstreicht so: (Inklusive) politische Bildung darf nicht neutral gegenüber Ausgrenzung sein.

Civic education is currently under pressure. Particularly when it formulates inclusive concerns and demands, civic education has increasingly been subjected to anti-democratic attacks in recent years, which have notably strengthened calls for political neutrality. These appeals often invoke the principle of controversy, aiming to hinder efforts to create inclusive spaces for political education. This article examines these challenges using the model of controversial and non-controversial sectors in political education, demonstrating how a clear, democratic, and normative framework for political education processes can be practically implemented. It underscores the key message: (inclusive) political education must not be neutral in the face of exclusion.

Schlagworte: Politische Bildung; Kontroversität; Inklusion; antidemokratische Positionen; Civic education; controversy; inclusion; anti-democratic positions

Zitiervorschlag: Hölzel-Chokharash, Tina (2025). *Das Kontroversitätsgebot als Waffe gegen Inklusion. Von einer wehrhaften, nicht neutralen politischen Bildung als Antwort.* Hessische Blätter für Volksbildung, 75(2), 24-38. Bielefeld: wbv Publikation. <https://doi.org/10.3278/HBV2502W003>



Das Kontroversitätsgebot als Waffe gegen Inklusion

Von einer wehrhaften, nicht neutralen politischen Bildung als Antwort

TINA HÖLZEL-CHOKHARASH

Zusammenfassung

Politische Bildung steht aktuell unter Druck. Gerade wenn sie dann auch noch inklusive Anliegen und Ansprüche formuliert, sieht sie sich in den letzten Jahren vermehrt antidemokratischen Angriffen ausgesetzt, die nicht zuletzt Forderungen nach politischer Neutralität stark machen. Diese berufen sich dabei auf das Kontroversitätsgebot und wollen ein Eintreten für inklusive politische Bildungsräume erschweren. Der vorliegende Beitrag zeichnet diese Herausforderungen exemplarisch nach, zeigt mittels des Modells zu den Kontroversen und Nicht-Kontroversen Sektoren politischer Bildung auf, wie ein klarer, demokratischer und normativer Rahmen für politische Bildungsprozesse praktisch eingeübt werden kann und unterstreicht so: (Inklusive) politische Bildung darf nicht neutral gegenüber Ausgrenzung sein.

Stichwörter: Politische Bildung; Kontroversität; Inklusion; antidemokratische Positionen

Abstract

Civic education is currently under pressure. Particularly when it formulates inclusive concerns and demands, civic education has increasingly been subjected to anti-democratic attacks in recent years, which have notably strengthened calls for political neutrality. These appeals often invoke the principle of controversy, aiming to hinder efforts to create inclusive spaces for political education. This article examines these challenges using the model of controversial and non-controversial sectors in political education, demonstrating how a clear, democratic, and normative framework for political education processes can be practically implemented. It underscores the key message: (inclusive) political education must not be neutral in the face of exclusion.

Keywords: Civic education; controversy; inclusion; anti-democratic positions

1 Aktuelle Herausforderungen inklusiver politischer Bildung in Zeiten antidemokratischer Positionen und Einstellungen

Politische Bildung steht seit geraumer Zeit unter Druck. Das Erstarken antidemokratischer Akteur:innen und die zunehmende Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungen in der Gesellschaft machen auch vor politischer Bildung nicht Halt. Nicht selten ist unter Anbetracht der gesellschaftspolitischen Weltlage mit Pandemien, Kriegen, Klimawandel und dem Erstarken rechtsextremer Positionen und Einstellungen sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die Rede von multiplen Krisen, die extremistische und vereinfachte Feindbilder als globale Lösung anbieten und zur Spaltung der Gesellschaft beitragen. Gerade in Zeiten multipler Krisen scheinen menschenrechtsorientierte Errungenschaften und Prozesse wie die einer sich inklusiv gestaltenden (politischen) Bildung schnell infrage gestellt. Gesellschaftspolitische Ereignisse wie die gemeinsame Abstimmung von CDU/CSU und AfD im Bundestag am 29.01.2025 oder auch politisch bildnerische Praxisbeispiele wie Elternbeschwerden gegen Demokratie-Tage, durch das Kollegium verhinderte Integrationsprojekte oder Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Lehrkräfte verdeutlichen diesen Druck (Behrens et al. 2021).

Die damit verbundenen Herausforderungen in der Bildungspraxis verunsichern politische Bildner:innen nachhaltig – auch außerhalb von Schule (ebd.; Jugel & Hertel 2024). Um dieser Unsicherheit zu begegnen und politische Bildung besser auf diese multiplen Herausforderungen vorzubereiten, betrachtet dieser Artikel bisher verkürzt argumentierte fachdidaktische Grundfragen wie die nach einem wertgebundenen und eben dadurch demokratisch inklusiven politisch-bildnerischen Professionsverständnis und findet (neue) Vergewisserung und Positionierung inklusiver politischer Bildung gegenüber jenen antidemokratischen Forderungen an eine neutrale und damit oftmals diskriminierende politische Bildung. Im Fokus ist dabei vor allem die Praxis der politischen Erwachsenenbildung, wenngleich viele Synergien zur schulischen politischen Bildung zu entdecken sind.

Hierfür wird nach einem Grundverständnis von inklusiver politischer Bildung gefragt, um daran eine vermeintlich schon längst geklärte Frage anzuschließen nach dem, was Kontroversität heute eigentlich heißt. Aktuelle Herausforderungen der politischen Bildung werden im Anschluss daran kurz skizziert, um aufbauend eben jene Bemühungen zur Diskurs- und Professionsverschiebung der politischen Bildung mittels einer konkreten Argumentation von Kontroversität und vermeintlicher Neutralität vor inklusiver politischer Bildungspraxis klarzuziehen. Abschließend soll noch ein Modell vorgestellt werden, das helfen kann einzuüben, wo und wie Diskussionen im Kontext inklusiver politischer Bildung verortet und von dort aus mit Haltung geführt werden können.

2 Inklusive politische Bildung

Die Auseinandersetzung der politischen Bildung mit Inklusion reicht nun schon ein paar Jahre zurück. Neben vielen Uneinigkeiten wie auch teils auseinandergehenden Vorstellungen davon, was Inklusion nun eigentlich sei, ist dennoch in den letzten Jahren der Auseinandersetzung deutlich geworden: Inklusion ist nicht nur ein zentraler Anspruch an politische Bildung, sondern reicht auch im Fachdiskurs der Politikdidaktik über ein Verständnis hinaus, welches nur die Integration von Menschen mit Behinderungen in schulische Systeme fasst. Gleichsam ist es nicht leicht im Dickicht der (politikdidaktischen) Inklusionsverständnisse die *eine* tragfähige Definition von Inklusion zu finden. Vielmehr scheint es gar nicht möglich, denn allein die vielfältigen Möglichkeiten den Begriff Inklusion zu verstehen, sind so divers wie das Feld und die Disziplinen, die sich mit Inklusion befassen.

Und obwohl der Begriff nun schon über ein Jahrzehnt die politische Bildungsdebatte prägt, ist er weiterhin wissenschaftlich und politisch hoch umstritten und teilweise widersprüchlich. Einige sprechen aus diesem Grund gar von einer „babylonischen Sprachverwirrung“ (Wocken 2009, S. 2) oder von einer Karriere der „Verwahrlosung“ (Katzenbach 2015, S. 19) des Inklusionsbegriffs. Da die Diskussion um den Inklusionsbegriff in der politischen Bildung jedoch schon anderweitig sowohl aus theoretischer (vgl. Jugel et al. 2020) wie auch empirischer Sicht (vgl. Besand et al. 2018, S. 20–21; S. 45–50) geführt wurde, soll an dieser Stelle nur zusammenfassend ein Inklusionsverständnis präsentiert werden. Dieses definiert Inklusion entlang verschiedener Verständnisdimensionen. Diese beziehen sich zum einen auf die Ziele von Inklusion; die Menschen, die Inklusion betrifft; die Räume und Orte, die für Bildungsprozesse gewählt werden, sowie die Abgrenzungsversuche und Darstellungsformen von Bildungsangeboten und Bildungsbeteiligung (vgl. ausführlich bei Jugel et al. 2020). Bringt man an dieser Stelle diese Dimensionen zusammen, so ergibt sich für den vorliegenden Beitrag folgendes Inklusionsverständnis:

„Inklusion ist ein in allen gesellschaftlichen Teilbereichen vernetzt verlaufender Wandlungsprozess, der darauf abzielt, Ausschluss und Diskriminierung zu überwinden und jedem Menschen in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen auf der Grundlage seiner individuellen Bedürfnisse selbstbestimmte Teilhabe zu ermöglichen.“ (ebd., S. 31)

Obgleich sich viele Fachdidaktiker:innen unter einer solchen Definition vereinen können, bleibt diese auf einer bildungspraktischen Ebene immer noch eher abstrakt und allgemein und folglich wenig handlungsanleitend. Zudem bürgt eine solch weite Definition insbesondere in Bezug auf das Zielgruppenverständnis von Inklusion weitere kritische Angriffspunkte: So betont David Jahr, dass Ansätze, die einen Einbezug „aller Menschen“ fordern, Gefahr laufen in so verstandenen Inklusionsbegriffen vulnerable Gruppen erneut aus dem Fokus zu verlieren und damit wiederholt dazu beizutragen, dass häufig ausgeschlossene und nicht selten als herausfordernd beschriebene oder zu Politik vermeintlich entfernte Gruppen und Minderheiten aus der gelebten Praxis politischer Bildung verschwinden (vgl. Jahr 2019, S. 26). Auch wenn Besand und

Jugel 2015 bereits gute Gründe anführen in inklusiven Prozessen spezifische Zielgruppenbeschreibungen zu überwinden (vgl. Besand & Jugel 2015, S. 106 ff.), um u. a. defizitorientierte, verkürzte Zuschreibungen zu vermeiden, scheint es an anderer Stelle essenziell, dass spezifische von Ausschluss betroffene Gruppen im Sinne des Empowerments hinter einem gemeinsamen Begriff oder einer gemeinsamen Bewegung gezielt und exklusiv vereinigt werden können (vgl. Boger 2019, S. 36).

3 Wenn aus „für alle“ gegen Einzelne wird! Von der Umdeutung und Instrumentalisierung von Inklusionsforderungen

Nicht nur der Blick auf diese grundlegende Argumentation für und wider von spezifischen Zielgruppen erscheint spannend, sondern gerade im Zusammenhang mit den bereits adressierten multiplen Krisen der letzten Jahre muss der Blick genauer auf die Verwendung vermeintlich inklusiver Formeln, wie „für alle“ oder auch „ohne Ausgrenzung“ ebenso wie „Neutralität und Offenheit“, gerichtet werden. So können zum Beispiel im Kontext der Black-Lives-Matter-Bewegung wie auch der Corona-Debatte im deutschen Bildungswesen Instrumentalisierungsversuche eben solcher gängiger Inklusionsformeln beobachtet und beschrieben werden. Ein konkretes Beispiel, in dem inklusive Forderungen genutzt werden, um ausschließende und exklusive und nicht selten auch antidemokratische Prozesse zu stützen, soll an dieser Stelle im Zeitraum der Corona-Pandemie beschrieben werden. Wie in den Abbildungen 1 bis 3 zu sehen ist, wird an einer Schule die inklusionsanmutende Formel von „Schule für alle“ sowie der Ruf nach dem Ende der „Ausgrenzung“ als Forderung gegen Corona-Schutzmaßnahmen wie das Tragen von Masken oder die Notwendigkeit von Corona-Tests genutzt.



Abbildung 1: Schule für alle ohne Ausgrenzung!



Abbildung 2: Beendet den Test- und Maskenwahn!



Abbildung 3: Alle Plakate

Hier wird eine Inklusionsforderung zur Überwindung von diskriminierendem Ausschluss gezielt genutzt, um sie mit einer ideologischen und verschwörungserzählerischen Aufforderung nach dem Ende des „Wahns“ gleichzusetzen.

Bereits an dieser Stelle des Artikels wird deutlich, dass die teils unscharfe Bestimmung und alltäglich verwaschene Nutzung solcher Inklusions-Formeln wie „für alle“ von verschiedenen Stellen durchaus als argumentative Waffe gegen inklusive und menschenrechtsorientierte Bewegungen genutzt wird und sogar explizit Räume der Bildung schaffen möchte, die sich faktischer, menschenrechtsorientierter wie auch demokratischer Bildung verwehren will. Ähnlich kann diese argumentative wie sprachliche Aneignung und revisionistische Umdeutung von Inklusionsformeln und -forderungen auch in anderen Bereichen und Themen beobachtet werden: So geschieht dies beispielhaft auch, wenn aus Bewegungen wie „Black-Lives-Matter“ Nutzungen und Umdeutungen hin zu „All-Lives-Matter“ aufgegriffen werden, die nicht nur die rassistische Diskriminierungserfahrung negieren, sondern auch zu relativieren versuchen.

Nicht nur Inklusionsformeln, sondern auch Grundsteine der politischen Bildung wie der Beutelsbacher Konsens werden unter den aktuellen antidemokratischen Herausforderungen ganz bewusst neu gedeutet und definiert. Widmaier sieht die Ursachen dafür ähnlich wie beim Inklusionsbegriff darin begründet, dass man „im Themen- und Diskussionsfeld der politischen Bildung vielerorts mit eher unklaren Begriffen, Begriffskombinationen und Begriffsgebräuchen konfrontiert wird“ (Widmaier 2020, S. 19). Eben jene Unklarheiten führten – wie bis hierher bereits verdeutlicht – in den letzten Jahren dazu, dass zum Beispiel rechte Akteure den Beutelsbacher Konsens als argumentative Waffe der Neutralität gegen eine demokratische politische Bildung richten. Dies geschah an verschiedenen Stellen zum Beispiel über sogenannte Meldeplattformen.

Meldeplattformen als Webseiten, auf denen Bildner:innen anonym gemeldet werden sollen, wenn diese gegen das vermeintliche Neutralitätsgebot der politischen Bildung verstoßen, verdeutlichen konkret, dass sich „problematische Tendenzen in der Theorie und Praxis demokratischer Erziehung und Bildung (etablieren), die umso fragwürdiger werden, je größer die Spannung zwischen den Gepflogenheiten der politischen Debattenkultur in einem bestimmten soziopolitischen Kontext und den Standards des öffentlichen Vernunftgebrauchs und der Argumentation wird, die man in pädagogischen Kontexten erwarten kann und erwarten sollte“ (Drerup & Yacek 2020, S. 22).

Es überrascht dabei nicht, dass solche Entwicklungen in reaktionären Zeiten Aufwind bekommen, ist es doch kein Zufall, „dass nach einer längeren Periode der Vernachlässigung grundlegender gesellschaftlicher Legitimationsfragen in der (...) politischen Bildung heute ein kritisches Hinterfragen des Kontroversitätsgebots eingesetzt hat und mit einer erneuten Diskussion über die politischen und gesellschaftlichen Ziele der politischen Bildung einhergeht“ (Pohl & Bruchstein, 2020, S. 16).

Dabei treffen wie bereits einleitend beschrieben verschiedene Faktoren zusammen, die eine inklusive politische Bildung herausfordern: aktuell wachsende Legitimationsprobleme liberaler Demokratien, europa- und auch weltweite Zustimmungs-

anstiege antidemokratischer und rechtspopulistischer Positionen, Proteste gegen den Klimawandel oder auch Auseinandersetzungen rund um die Corona-Pandemie. All jene gesellschaftspolitischen Krisen und Diskursfelder schaffen einen erhöhten Handlungsbedarf und Orientierungs- wie auch Sicherheitsbedürfnisse bei (politischen) Bildner:innen.

4 Wenn Kontroversität als Neutralitätsforderung zur Waffe gegen inklusive politische Bildung wird

Ungenau Positionierung und verwaschener Nutzen von allgemeinen Inklusionsformeln, aber auch politischen Bildungsformulierungen begünstigen eine gezielte Umdeutung im Sinne antidemokratischer Kräfte. Dies wird nicht nur im Rahmen von Inklusionsansätzen deutlich, sondern gerade auch in den letzten Jahren im Zusammenhang mit dem Beutelsbacher Konsens sichtbar, wenn aus dem Überwältigungsverbot und dem Kontroversitätsgebot von antidemokratischen Parteien und Akteur:innen eine Neutralitätsforderung abgeleitet wird.

Im Beutelsbacher Konsens heißt es grundlegend: „Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen“ (bpb 2011). Daraus wird jedoch insbesondere aus antidemokratischen Richtungen und nicht selten konkret auch im Zusammenhang mit Inklusion eine Forderung danach gemacht, dass alles in Bildung offen und gleichwertig diskutiert und vorgebracht werden darf – so zum Beispiel auch der Ausschluss von Minderheiten. Kontroversität ist so jedoch falsch verstanden, denn sie bedeutet, „dass erstens nur solche Themen kontrovers zu diskutieren sind, für die sich in epistemologischer und wissenschaftlicher Hinsicht wohlbegründete und nachvollziehbare Positionen entwickeln lassen, und die zweitens mit basalen Grundwerten liberaler Demokratien (etwa: Akzeptanz von gesellschaftlichem Pluralismus und Grundfreiheiten) zu vereinbaren sind“ (Drerup & Yacek 2020, S. 22–23).

Ein Fehlverständnis von Kontroversität erscheint besonders verheerend, wenn man bedenkt, dass gerade im Beutelsbacher Konsens als didaktischer Grundpfeiler der politischen Bildung ein argumentatives Stärkungspotenzial für inklusive politische Bildung liegen sollte. Genau hier wird aber eine Unschärfe in der politischen Bildung genutzt, die sich Jahrzehnte lang schwertat, so klar wie heute zu formulieren, dass politische Bildung eben nicht neutral oder ohne menschenrechtsgebundene Wertvorstellung gelingen kann, sondern eben eine wertgebundene, demokratische Angelegenheit ist, die nicht neutral sein kann oder darf (Detjen 2013).

Jugel und Besand (2023, S. 120 ff.) beschreiben vier verschiedene Probleme und Dilemmata, die sich bei der Reflexion inklusiver Prinzipien sowie Verarbeitungsmuster von Ausschluss im Kontext der Charakteristika der Strategien rechter Bewegungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ergeben:

1. Die Konstitution von „Wir“ und „die anderen“ führt zu Abwertung, Ausgrenzung und Rassismus.
2. Angriffe und bewusste Radikalisierung führen zur Verschiebung des Diskurses.

3. Wird gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als legitime pluralistische Position etabliert, wird der Forderung nach Anerkennung der Ablehnung entsprochen und der Versuch, menschenfeindliche Sinn- und Bedeutungsstrukturen zu verbreiten unterstützt.
4. Wenn Fake News und Verschwörungstheorien alternative Realitäten schaffen – Uminterpretationen als stabilisierende, sinnhafte Weltanschauung.

Es wird hier deutlich, dass ebenjene inklusiven Strategien in der politischen Bildung nicht angewandt werden können ohne einen klaren menschenrechtsorientierten Rahmen, der sich nie zum Teil diskriminierender Strukturen und Prozesse macht, die fälschlicherweise eine Inklusion der Exklusionsforderungen fordern oder vereinfacht gesagt: In einer inklusiven politischen Bildung gibt es keine Toleranz der Intoleranz gegenüber. Jugel und Besand gehen so weit, mit Nachdruck zu fordern, dass „sich Inklusion im Sinne ihrer Ziele genauso wehrhaft verhalten muss, wie dies im Hinblick auf Demokratie nicht selten formuliert wird. Inklusives Handeln muss demnach auch bedeuten, bestimmten Äußerungen und Handlungen – eben solche, die demokratie- und menschenverachtend sind – entgegenzutreten“ (Jugel & Besand 2023, S. 125).

Eine klare Positionierung und Haltung in einer inklusiven politischen Bildung bedeutet folglich, dass sich nicht nur für ein inklusives Bilden offen eingesetzt werden kann, wenn nicht gleichzeitig eben jene ausschließenden und diskriminierenden Positionen deutlich und nachvollziehbar ausgegrenzt werden und sichtbar gemacht wird, dass diese aus dem kontroversen Rahmen fallen, der den Bereich politisch offener Diskussionsräume in politischer Bildung definiert.

5 Wertgebundene Kontroversität – oder: Wie der Beutelsbacher Konsens heute für eine inklusive politische Bildung ausbuchstabiert werden sollte

Kontroversen gehören zu den Charakteristika liberaler, demokratischer Gesellschaften und sind folglich unumgänglich (vgl. Pohl & Buchstein 2020, S. 11). Mehr noch hat die erfolgreiche Austragung von Konflikten vor dem Hintergrund inklusiver Bemühungen darüber hinaus sogar das Potenzial gesellschaftlicher Integration in pluralen Gemeinwesen. Dabei ist das Kontroversitätsgebot grundlegendes Prinzip der Gestaltung politischer Bildung. Doch welche konkreten Positionen sind (noch) legitim und wann werden die Grenzen der Legitimität in einem demokratischen Diskurs überschritten? Dies ist eine Frage von andauernder Aktualität in Demokratietheorie und politischer Bildung – besonders im Hinblick auf die bisher beschriebenen aktuellen Herausforderungen, denen eine inklusive politische Bildung in reaktionären Zeiten antidemokratischer Positionen und Einstellungen begegnet, und auf die Leerstellen oder auch Uneindeutigkeiten in der Wissenschaft und Praxis der politischen Bildung, welche Vorschub für relativistische Umdeutungen, falsche Neutralitätspostulate und argumentative Instrumentalisierungen leisten. Besand macht dabei deutlich, dass man

Missverständnissen aufliegt, glaubt man, dass politische Bildung neutral sein sollte und/oder dass alles in politischer Bildung kontrovers besprochen werden sollte und kann (Besand 2019, S. 270).

(Politische) Bildung hat einen normativen Kern (vgl. ebd.). So heißt es beispielsweise im Sächsischen Schulgesetz in § 1 „Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule“: „Die Schüler sollen lernen, allen Menschen vorurteilsfrei zu begegnen, unabhängig von ihrer ethnischen und kulturellen Herkunft, äußeren Erscheinung, ihren religiösen und weltanschaulichen Ansichten und ihrer sexuellen Orientierung sowie für ein diskriminierungsfreies Miteinander einzutreten.“ Dieser normative Kern verpflichtet politische Bildung dazu, sich bewusst mit der Frage nach den Grenzen des offen Besprechbaren zu beschäftigen – es braucht eine wertgebundene Kontroversität, die bei der Umsetzung einer inklusiven politischen Bildungspraxis helfen kann. Der bisherige Versuch politischer Bildung, dies mit dem Verweis auf die freiheitlich demokratische Grundordnung zu klären, erscheint dabei zu kurz und unspezifisch.

Bestimmt das Kontroversitätsgebot ganz wesentlich darüber, welche Einstellungen und Positionen wie auch Handlungen in der politischen Bildung offen und eben kontrovers besprochen werden und welche Positionen und Handlungen andererseits aber klar eingeordnet oder auch bewertet und ausgegrenzt werden sollten, so scheint es besonders wichtig, sich für eine inklusive politische Bildung immer wieder (gemeinsam mit den Lernenden) die Frage zu stellen: „Wie soll man in einem zunehmend polarisierten politischen Klima kontroverse, die pluralistische Gesellschaft spaltende Themen pädagogisch vermitteln und diskutieren? Welche Themen sollten in pädagogischen Kontexten überhaupt als genuin kontrovers gelten, d. h. als Themen, die mit offenem Ausgang diskutiert werden sollen?“ (Drerup & Yacek 2020, S. 18)



Abbildung 4: Modell der Kontroversen und Nicht-Kontroversen Sektoren in der politischen Bildung (von Hölzel-Chokharash 2025)

Falsche Neutralität, Indifferenz oder auch stumpfe Gleichbehandlung aller Positionen und Einstellungen sind hier zu vermeiden und dabei kann es helfen, sich mittels des „Modells der Kontroversen und Nicht-Kontroversen Sektoren in der politischen Bildung“ (eigene Darstellung der Autorin) selbst wie auch in der Gruppe über die Ausgangslage einer Diskussion zu vergewissern: Wo befinden wir uns im Spektrum Kontroverser und Nicht-Kontroverser Sektoren beim Diskurs über bestimmte Positionen und Einstellungen?

Das Modell macht dabei die verschiedenen Felder deutlich, in denen gesellschaftspolitische Diskurse verortet werden können, und zeigt im Anschluss an diese Zuordnung auf, dass sich das Wie, nicht aber das Ob der Diskussion verändert. Das Modell verdeutlicht auf einer ersten Ebene (über das Farbschema in blau und orange), dass der Bereich dessen, was kontrovers in politischer Bildung besprochen werden kann, entgegen populistischen Behauptungen, die immer wieder betonen, dass „man nichts mehr sagen könne“ und „die Meinungsfreiheit eingeschränkt“ wäre, weit und vielschichtig ist. Beispielsweise können im Kontext des Themas Migration und Flucht Positionen einer europäischen Abschottung bis hin zu einer Politik der offenen Grenzen besprochen werden. Forderungen aber wie die, „alle absaufen zu lassen“, verlassen den demokratischen Konsens und damit den kontroversen Sektor eindeutig und werden nicht als gleichwertige und legitime Haltung zugelassen, sondern müssen klar eingeordnet und abgelehnt werden. Grundsätzlich wird deutlich: Können Themen, Meinungen, Positionen oder Handlungen dem kontroversen/demokratischen bzw. grundrechtlichen Feld zugeordnet werden, so ist eine weitreichende, offene und in eindeutiger Positionierung zurückhaltend geleitete Diskussion im Kontext politischer Bildung möglich und geboten.

Das Modell macht neben der grundlegenden farbkonkreten Unterscheidung in Kontroversen und Nicht-Kontrovers aber durch die Abstufungen auch Spielräume der Bildner:innen deutlich. So kann der Rahmen dessen, was in meinem Angebot der Erwachsenenbildung kontrovers besprochen wird, durch Lernende und mich selbst als Bildner:in mitbestimmt werden und so beispielsweise schon weit vor dem illegalen Sektor enden. Auch dieses Feld der Auseinandersetzung kann noch mit unterschiedlichen Perspektiven enger gefasst werden, wenn es zum Beispiel Haltungen gibt, die zwar als demokratisch beschrieben werden können, aber den für den individuellen Bildungsraum ausgestalteten Rahmen der Legitimität oder Werte verlassen. Hier kann es durchaus sein, dass Fachdidaktiker:innen die Grenze der Kontroversität weiter setzen würden, Bildner:innen und Lernende aber den Rahmen enger ziehen, wenn sie zum Beispiel in Veranstaltungs- oder auch Bildungsraumregeln festlegen, dass beispielsweise Schimpfwörter wie „behindert“ oder „schwul“ nicht genutzt werden dürfen. Eine solche inklusionssensible Lernraumgestaltung setzt den Rahmen dessen, was offen und gleichwertig besprochen werden kann, dann enger als das, was allgemein als kontrovers/legitim beschrieben werden kann. Damit unterstreicht das Modell, dass Aussagen, Positionen und Handlungen keineswegs immer in einem illegalen oder strafrechtsrelevanten Feld liegen müssen, um den kontroversen Sektor bereits zu verlassen. Diese analoge Denkweise zu extremistischen Theorien, bei der viele Aussagen

und Handlungen aus „der Mitte der Gesellschaft“ als nicht problematisch übersehen werden, weil diese sich anscheinend nicht an extremen Rändern befinden, sollte in inklusiven Settings bewusst vermieden werden. Nicht erst die Holocaust-Leugnung oder die rassistische Forderung nach Abschiebung aller Ausländer:innen fallen in den nicht kontroversen und antidemokratischen Bereich, sondern auch schon Einstellungen und Positionen, die sich zum Beispiel diskriminierend gegen Minderheiten zeigen oder auch verschwörungserzählerische Positionen verbreiten, werden in einem inklusiven politischen Bildungskontext nicht kontrovers besprochen, sondern klar eingeordnet und dann wertgebunden und mit Haltung diskutiert. Denn wie Drerup und Yacek richtig festhalten, ist die Ausgrenzung antidemokratischer Positionen legitim und besonders in inklusiven Kontexten sogar zum Schutz sichtbarer wie auch unsichtbarer diskriminierter Positionen im Raum unverzichtbar (Drerup & Yacek 2020, S. 22). Statt hier die Flucht in die Unbestimmtheit anzutreten und davon auszugehen, dass alles irgendwie kontrovers ist, braucht es einen Orientierungsrahmen mit pluralen Kriterien, der wissenschaftliche mit politischen Kriterien koppelt und es so erlaubt, klare Grenzen des legitimen politischen Streits und der pädagogischen und politischen Toleranz zu ziehen (ebd.) – hierbei kann der Blick ins Grundgesetz sowie die Menschenrechte immer wieder helfen. Stellen wir in einer politischen Bildungssituation fest, dass es sich um dezidiert irrationale und schlecht begründete illiberale und antidemokratische Positionen und Einstellungen handelt und diese folglich dem nicht-kontroversen Sektor zugeordnet werden, so heißt das nicht, dass wir nicht mehr über ebenjene Sachverhalte sprechen. Aber das WIE verändert sich grundlegend. Es handelt sich dann nicht mehr um eine zur politischen und normativen Zurückhaltung angehaltene offene Diskussion. Und mehr noch: Stellt sich heraus, dass eine Diskussion selbst mit deutlicher Einordnung und wertgebundener Beurteilung nicht möglich ist, ist es laut Drerup und Yacek sogar im Rahmen inklusiver demokratischer Bildung pädagogisch und politisch gerechtfertigt, sich wehrhaft zu zeigen und „Repräsentationslücken“ auszuhalten, da sich jene antidemokratischen und nicht-kontroversen „Positionen nicht in legitimer Weise auf das Kontroversitätsgebot berufen, um diese Positionen in pädagogischen Kontexten zur Geltung zu bringen.“ (Drerup & Yacek 2020, S. 23).

Gerade eine inklusive politische Bildung, die sich u. a. dem Schaffen sicherer und ausschlusssensibler Bildungsräume verpflichtet, darf im Zweifel nicht davor zurückschrecken, antidemokratische Positionen und Haltungen klar zu benennen, als nicht kontrovers zu markieren und diesen im Anschluss mit Haltung sowie im Extremfall mit Ausschluss zu begegnen.

Wird dem Modell noch eine weitere Ebene hinzugefügt, die stellvertretend für Einstellungen und Positionen aus dem linken und rechten politischen Spektrum stehen, kann zudem ein weiter Vorwurf gegen politische Bildung klarer argumentiert werden: Wenn es heißt, dass politische Bildung sich viel öfter und vermehrt nur um rechte Herausforderungen kümmert und gegen diese vorgeht und dabei nicht in gleicher Quantität und Qualität auf linke Positionen eingeht, kann an dieser Stelle gut deutlich gemacht werden, dass es dafür Gründe gibt. Denn deutlich mehr Positionen

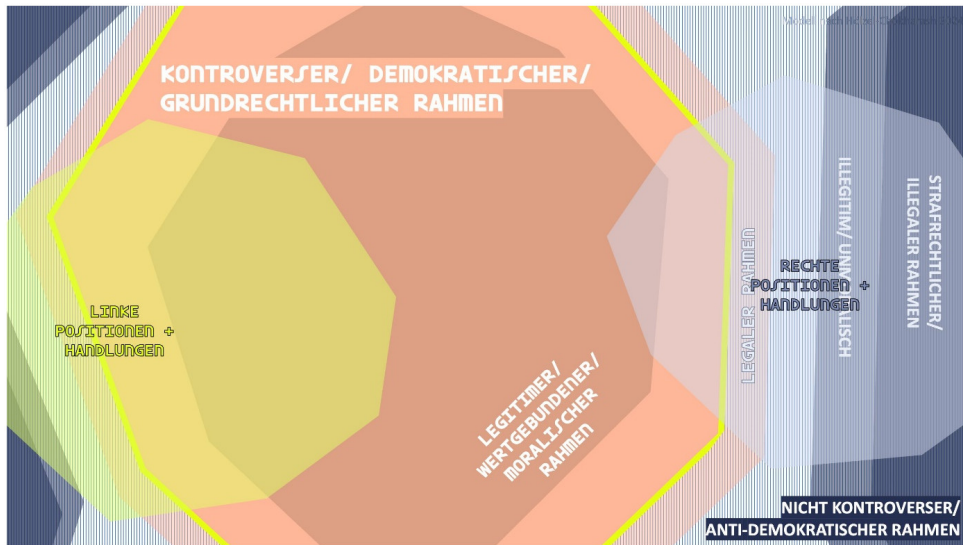


Abbildung 5: Relative Verteilung linker und rechter Positionen im Kontroversen und Nicht-Kontroversen Sektor politischer Bildung

aus der politischen Rechten lassen sich dem nicht kontroversen und antidemokratischen Sektor zuordnen, als es linke Positionen machen (Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2023; Süddeutsche Zeitung 2024; Grumke 2012) – nicht zuletzt der Verfassungsschutz selbst spricht in den letzten Jahren in aller Deutlichkeit davon, dass der Rechtsextremismus aktuell die größte Gefahr für die Demokratie darstellt. Das heißt nicht, dass es nicht auch linke Positionen, wie beispielsweise die Aufforderung nach Gewalt gegen Polizei gibt, die den kontroversen Sektor verlassen. In der politischen Bildungspraxis fordern jedoch deutlich mehr antidemokratische Positionen und Einstellungen aus dem rechten Lager, wie etwa die Abschiebung aller Ausländer, die Einführung der Todesstrafe gegen Kinderschänder, rassistische Abwertungen von Gruppen, das Hängen oder Verfolgen von Politikern oder die Leugnung des Holocausts, Bildner:innen heraus, da diese öfter im antidemokratischen Spektrum liegen als linke Positionen (vgl. Behrens et al. 2021).

Bei aller Bemühung um Klarheit macht das Modell jedoch auch deutlich, dass die Verortung und Umsetzung des Kontroversitätsgebots mit einer wertgebundenen demokratischen wie inklusiven Haltung nicht immer ein uneindeutiges pädagogisches Zuordnen und auch Handeln nach Katalog ermöglicht: Es gibt Grauzonen! „Dass die Interpretation und Anwendung dieser Kriterien und Unterscheidungen selbst kontrovers bleibt und dass es immer auch Grauzonen geben wird, in denen nicht ohne Weiteres klar ist, wie die legitimen Grenzen des politischen Streits zu bestimmen sind, versteht sich von selbst. Die Existenz solcher Grauzonen – das sollte jedem Pädagogen und jeder Pädagogin klar sein – hebt die grundsätzliche Geltung dieser Unterscheidungen jedoch genauso wenig auf wie die Dämmerung die Unterscheidung zwischen Tag und Nacht.“ (Drerup & Yacek 2020, S. 23)

6 Zusammenfassung oder: Was zu tun ist für eine wertgebundene, demokratische inklusive Bildung

Gerade der vorangegangene Aufruf zur Ausgrenzung bestimmter Positionen und Einstellungen scheint im Kontext inklusiver politischer Bildung zunächst kontraintuitiv und widersprüchlich, fordert doch Inklusion anscheinend mit Bindung, Einschluss und Anerkennung geradezu das Gegenteil. Doch stellt die undifferenzierte, unbedingte und allumfassende stetige Einbindung von allen und allem ein pädagogisches wie auch politisches Fehlkonzept von Inklusion dar (Jugel & Besand, 2023, S. 130).

Keine Inklusion antidemokratischer Positionen und Einstellungen

Die hier geführte Diskussion zeigt, dass inklusive politische Bildung, die ihre Ziele erreichen und ihre Werte etablieren will, zunächst vor allem wehrhaft gegenüber menschenverachtenden und antidemokratischen Haltungen sein muss. Ein Weg, das alltagspraktisch umzusetzen, kann die geübte Verortung im Kontroversen und Nicht-Kontroversen Sektor bieten, die dabei hilft, Diskussionsausgangslagen zu erkennen und die Art und Weise der weiteren Besprechung zu bestimmen. Das kann auch den Ausschluss bzw. das Abbrechen bestimmter Konfliktgespräche bedeuten, denn in der inklusiven politischen Bildung gibt es keine Toleranz gegenüber der Intoleranz.

Inklusive politische Bildung schützt Betroffene und erschafft sichere Räume

Gerade inklusive politische Bildung hat sich dem Schutz und Empowerment marginalisierter Gruppen verschrieben. Es geschieht im bildnerischen Rahmen jedoch häufig, dass gerade in herausfordernden Situationen wie der Konfrontation und Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder antidemokratischen Positionen die oft lauten und dominanten und sichtbaren Täter:innen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und pädagogischen Handlung rücken und potenzielle Opfer oder Opfergruppen, die leise oder teils unsichtbar sind, übersehen werden. Inklusive politische Bildung handelt bewusst zum Schutz sichtbarer wie unsichtbarer Opfer, nimmt ihre Vorbildfunktion im Hinblick auf indifferentes Handeln und klare Positionierung ernst und animiert bewusst durch Einüben das Eintreten für demokratische Werte. Inklusion in (politischer) Bildung bedeutet eben klar Teilhabe und Würde zu schützen, aber Grenzen zu setzen, indem es auch passieren kann, dass eine Bindung zu Täter:innen gefährdet und bestimmte Positionen und Einstellungen abgelehnt und ausgeschlossen werden (Jugel & Besand 2023, S. 126).

Kontroversität hat Grenzen und inklusive politische Bildung zeigt Haltung

Es wurde hier bereits mehrfach deutlich gemacht, dass es zentrales Element des Umgangs mit antidemokratischen Positionen und Einstellungen ist, diese klar als solche zu benennen, in den Nicht-Kontroversen Sektor zu verorten und den falsch verstandenen Neutralitätsforderungen klar zu widersprechen. Dies ist vor allem zentral, um jenen Positionen keine Bühne für die Rekonstruktion von Opferrollen und ideologischen Narrativen zu bieten, die als gleichwertige Deutungsmuster im Sinne der Kontroversität aufgebracht werden (vgl. Jugel & Besand 2023, S. 126). „Wenn im Sinne einer falsch verstandenen Kontroversität oder inklusiven Anerkennung aller Meinungen Vorstellungen und Einstellungen entstehen, die sich gegen Demokratie und Inklusion richten, dann ist dies ein Akt der Selbstabschaffung“ (ebd.).

Auseinandersetzungen führen, reproduzierende Scheindebatten verhindern

Inklusive politische Bildung stellt nicht eins zu eins eine radikalisierte, antipluralistische und antidemokratische Debattenkultur einzelner gesellschaftlicher Gruppen nach – auch nicht im Rahmen der Forderung nach Kontroversität. Sie beteiligt sich auch nicht an der bloßen Reproduktion von Vorurteilen im bildnerischen Rahmen, sondern eine inklusive politische Bildung hält den Anspruch einer epistemischen Vermittlung mit politischem Auftrag hoch. Sie öffnet Räume zur Diskussion, wo ein tatsächliches Erkenntnisinteresse und Austauschwille bestehen, setzt aber bewusst, verlässlich und transparent dort Grenzen für einen offenen Austausch, wo demokratischer, kontroverser und grundrechtssicherer Boden durch Positionen und Einstellungen verlassen wird.

„Inklusion muss im Kontext von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit immer wehrhaft sein! Das heißt nicht, dass sie nicht auch integrativ sein kann.“ (Jugel & Besand 2023, S. 130)

Literatur

- Behrens, R., Breuer, S. & Besand, A. (2021). Politische Bildung in reaktionären Zeiten. Plädoyer für eine standhafte Schule. *Wochenschau*.
- Besand, A. (2019). Was ist gute politische Bildung in der Schule? Paralleltitel: What is good civic education in schools? In *Bildung und Erziehung*, 72 (3), Vandenhoeck & Ruprecht.
- Besand, A., Hölzel, T. & Jugel, D. (2018). *Inklusives politisches Lernen im Stadion. Politische Bildung mit unbekanntem Team und offenem Spielverlauf*. C. Adelmann.

- Besand, A. & Jugel, D. (2015). Zielgruppenspezifische politische Bildung jenseits tradierter Differenzlinien. In C. Dönges, W. Hilpert & B. Zurstrassen (Hrsg.), *Didaktik der inklusiven politischen Bildung*. Bundeszentrale für Politische Bildung, 99–109.
- Boger, M. (2019). *Theorien der Inklusion. Die Theorie der trilemmatischen Inklusion zum Mitdenken*. edition assemblage.
- Bpb (2011). *Beutelsbacher Konsens*. <https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/>.
- Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2023). *Der Rechtsextremismus ist die größte extremistische Gefahr für unsere Demokratie*. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2023/05/gedenken-solingen.html>.
- Detjen, J. (2013). *Wie weit geht das Kontroversitätsgebot für die politische Bildung?* Grundfragen und Kontroversen politischer Bildung, BpB. <https://www.bpb.de/mediathek/video/192835/wie-weit-geht-das-kontroversitaetsgebot-fuer-die-politische-bildung/>.
- Drerup, J. & Yacek, D. (2020). Wir können, müssen aber nicht über alles kontrovers diskutieren. Die Grenzen des politischen Streits und die Kontroverse über Kontroversitätsgebote. *Journal für politische Bildung*.
- Grumke, T. (2012). Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Herausforderungen für die Demokratie. In T. Mörschel & C. Krell (Hrsg.), *Demokratie in Deutschland*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-94305-3_17.
- Jahr, D. (2019). Zur (Re-)Politisierung der Inklusionstheorie. Umgang mit unausweichlichen Widersprüchen in der inklusiven politischen Bildung. In T. Hölzel & D. Jahr (Hrsg.), *Konturen einer inklusiven politischen Bildung*. Springer VS.
- Jugel, D. & Hertel, C. (2024). *Demokratische Bildung im ländlichen Raum*. Eine JoDDiD-Studie zu Potenzialen, Herausforderungen und Strategien außerschulischer politischer Bildung jenseits städtischer Perspektive. JoDDiD.
- Jugel, D., Hölzel, T. & Besand, A. (2020). Inklusion und politische Bildung – mutig gemeinsam (weiter-)denken und erproben! In D. Meyer, W. Hilpert & B. Lindmeier (Hrsg.), *Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung*. Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Katzenbach, D. (2015). Zu den Theoriefundamenten der Inklusion – Eine Einladung zum Diskurs aus der Perspektive der kritischen Theorie. In I. Schnell (Hrsg.), *Herausforderung Inklusion*. Theoriebildung und Praxis. Klinkhardt.
- Pohl, K. & Buchstein, H. (2020). Die Kontroverse als Konsens? Kontroversität in der Demokratie und in der politischen Bildung. In *Journal für politische Bildung*, 4.
- Süddeutsche Zeitung (2024). *Verfassungsschutzchef: Rechtsextremismus „größte Gefahr“*. <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-verfassungsschutzchef-rechts-extremismus-groesste-gefahr-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-240213-99-971755>
- Wocken, H. (2009). *Inklusion & Integration. Ein Versuch, die Integration vor der Abwertung und die Inklusion vor Träumereien zu bewahren*. inklusion20.de/material/inklusion/Inklusion%20vs%20Integration_Wocken.pdf.

Autorin

Tina Hölzel-Chokharash, Master of education, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie sowie am Lehrstuhl für politische Bildung der TU Dresden

Review

Dieser Beitrag wurde nach der qualitativen Prüfung durch das Peer-Review und die Redaktionskonferenz am 23. Januar 2025 zur Veröffentlichung angenommen.

This article was accepted for publication following a qualitative peer review at the editorial meeting on the 23th of January 2025.